

Protokoll der mitglieder-öffentlichen Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar in Mannheim am Mittwoch, 19. März 2025, 16:00 Uhr

**IHK Rhein-Neckar · Haus der Wirtschaft Mannheim
Saal Mannheim · 1. OG · L 1, 2 · 68161 Mannheim**

Tagesordnung

B = Beschluss, I = Information

TOP	Thema	
1	Begrüßung und aktuelle Themen des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers	I
2	Zur aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage in Deutschland mit anschließender Diskussion mit den Mitgliedern der Vollversammlung	I
3	Update zur kommunalen Verpackungssteuer	I
4	Zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der MRN a) Studie der IHK MRN b) ZMRN-Strategie	I
5	Aus der Arbeit der IHK Rhein-Neckar – IHK-Highlights 2024/2025	I
6	Zur Planung der Straßenverkehrsinfrastruktur im Kernraum der MRN	I
7	Aktuelle Viertelstunde der Vollversammlung	I
8	Sonstiges	I

TOP 1 Begrüßung und aktuelle Themen des Präsidenten und des Hauptgeschäftsführers

Begrüßung

Präsident Schnabel eröffnet die erste Sitzung der Vollversammlung im Jahr 2025 um 16:00 Uhr und begrüßt die anwesenden Mitglieder von Präsidium und Vollversammlung sowie die Vorstandsmitglieder und Vertreter der Wirtschaftsunioren Mannheim-Ludwigshafen und Heidelberg.

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Vollversammlung sind 46 Mitglieder anwesend. Die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung wird festgestellt (§ 5 Abs. 4 Satz 1 der Satzung). Im Laufe der Sitzung kommen weitere Mitglieder hinzu.

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde fristgerecht per E-Mail am 11. März 2025 zugesandt. Gegen die fristgerecht versandte Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Aktuelle Themen des Präsidenten

Auf entsprechende Bitte von Präsident Schnabel erheben sich die Mitglieder der Vollversammlung und gedenken der Opfer der Amokfahrt in Mannheim am 3. März 2025.

Präsident Schnabel berichtet von einem sehr offenen und konstruktiven Hintergrundgespräch mit Andreas Michaelis, dem deutschen Botschafter in Washington, am 12. Februar 2025. In dem Gespräch, an dem CEOs ausgewählter Mitgliedsunternehmen der IHK Rhein-Neckar teilgenommen hätten, sei es insbesondere um die Einschätzung der neuen Lage für das US-Geschäft im Zuge der aktuellen Veränderungen gegangen.

Präsident Schnabel geht ferner auf den Besuch des japanischen Generalkonsuls am 10. Januar 2025 und der Botschafterin Albaniens am 19. Februar 2025 ein.

Präsident Schnabel informiert über eine Veranstaltung zum Thema Gasversorgung in Mannheim zusammen mit dem Energieversorger MVV am 29. Januar 2025. Der Abend habe Klarheit über die Strategie und weiteren Pläne gebracht. Es sei die Erkenntnis gereift, dass es überall dort, wo Fernwärme verfügbar sein werde, irgendwann keine Gasleitungen mehr geben werde. Im Hinblick auf eine Wärmeversorgung mit Fernwärme betont Ralf Klöpfer, Mitglied der Vollversammlung und Vorstand für Vertrieb und Handel bei der MVV Energie AG, dass das genannte Jahr 2035 keine feste Deadline, sondern lediglich eine aktuelle Prognose sei und dass die ausreichende Versorgung immer gesichert sei.

Aktuelle Themen des Hauptgeschäftsführers

Aktueller Stand der im Sommer 2025 stattfindenden IHK-Wahl

Hauptgeschäftsführer Dr. Nitschke legt den aktuellen Stand der IHK-Wahl 2025 dar.

Innerhalb der einschlägigen Fristen für Kandidaturen seien insgesamt 92 gültige Kandidaturen eingegangen. Diese vom Wahlausschuss zugelassenen 92 Kandidaturen seien per öffentlicher Bekanntmachung am 4. März 2025 veröffentlicht worden. Herr Dr. Nitschke legt dar, dass 65 Mitglieder der aktuellen Vollversammlung wieder kandidieren und es daneben 27 neue, erstmalige Kandidaturen gibt.

Aktuell werden die Kandidaten von den Betreuern der jeweiligen Wahlgruppen und Mitgliedern der Geschäftsführung der IHK besucht. Ziel dieser Kandidatenbesuche sei es, Kontakt zu den Kandidaten aufzunehmen, diese kennen zu lernen und im Hinblick auf den Auftritt in der Kandidatenbroschüre zu unterstützen. Die Kandidatenbroschüre werde Bilder der Kandidaten sowie deren Ziele im Hinblick auf die IHK-Arbeit enthalten. Indem die Kandidatenbroschüre im Juni 2025 mit dem IHK-Magazin versendet werde und die Kandidaten auf einer Kandidatenplattform auf der IHK-Website vorgestellt würden, könnten sich die IHK-Mitglieder ein Bild der Kandidaten machen.

Herr Dr. Nitschke legt dar, dass die eigentliche Wahl im Zeitraum 16. Juni 2025 bis 18. Juli 2025 stattfinden werde. Es werde eine hybride Wahl sein, d. h. die Wahl werde entweder schriftlich per Briefwahl oder digital und online möglich sein.

Herr Dr. Nitschke informiert, dass die Auszählung am 21. Juli 2025 erfolgen werde.

Präsident Schnabel betont als zentrales Ziel der IHK-Wahl 2025, dass alle relevanten Branchen des Zuständigkeitsbereichs der IHK Rhein-Neckar in der Vollversammlung vertreten sind und damit die Spiegelbildlichkeit gewahrt ist. Im Hinblick auf die Kandidaten sei eine sehr hohe Qualität festzustellen, es handele sich durchgehend um Persönlichkeiten, die wirtschaftlich etwas bewegen und etwas zu sagen haben. Die Kandidaten deckten daneben die ganze Bandbreite an Unternehmensgrößen ab, auch einige Vertreter sehr großer Unternehmen seien zu einem Engagement in der Vollversammlung bereit. Aus Spiegelbildlichkeit und Qualität der Kandidaten würden sich Kompetenz und Glaubwürdigkeit der neu zu wählenden Vollversammlung ergeben.

Neubau Neckarbrücke nach Ladenburg

Herr Dr. Nitschke legt dar, dass seit Februar 2025 mit dem Bau einer neuen Neckarbrücke nach Ladenburg begonnen worden ist. Mit diesem Neubau, dessen Fertigstellung für Ende 2026 geplant ist und für den Kosten in Höhe von ca. 30 Mio. Euro veranschlagt werden, werde eine jahrzehntelange Forderung der IHK Rhein-Neckar erfüllt. Die Ortsdurchfahrten der umliegenden Gemeinden würden entlastet und mit dem neuen Radschnellweg Mannheim-Heidelberg würde sich für einige Pendler eine sichere und schnelle Alternative zum Pkw ergeben.

TOP 2 Zur aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage in Deutschland mit anschließender Diskussion mit den Mitgliedern der Vollversammlung

Präsident Schnabel berichtet von den durchgeführten IHK-Wahlarenen am 5. Februar 2025 in Mannheim und am 12. Februar 2025 in Heidelberg. Die Bundestags-Kandidaten der eingeladenen Parteien seien erfolgreich einem Wirtschafts-Check unterzogen worden. Indem bewusst auf das Thema Migration verzichtet wurde und der Schwerpunkt allein auf Wirtschaftsthemen lag, habe sich für die zahlreichen Teilnehmer auf einer sachlichen Basis ein erkenntnisreicher und gewinnbringender Austausch der Meinungen und Positionen rund um wirtschaftliche Aspekte ergeben.

Präsident Schnabel legt anhand der präsentierten Folien die aktuelle wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland dar.

Er führt aus, dass der Wohlstand in Deutschland, gemessen in Form des realen Pro-Kopf-BIP, seit 2022 um 0,8 % zurückgegangen sei, während in vergleichbaren Industrienationen wie den USA, Japan und Großbritannien ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen gewesen sei. Er berichtet von zurückgegangener Kapazitätsauslastung in Deutschland, die im November 2024 insbesondere im Bauhauptgewerbe nur noch bei 68 % und im verarbeitenden Gewerbe bei 77 % lägen. Die Investitionen in Deutschland seien weiterhin rückläufig und die Anzahl der Baugenehmigungen auf einem niedrigen Stand. Auch Arbeitsproduktivität und Arbeitsleistung hätten sich nach unten entwickelt.

Präsident Schnabel beklagt die deutlich gestiegenen Beiträge zur Sozialversicherung, die zum Jahresbeginn 2025 bei insgesamt 41,9 % gelegen hätten. Insbesondere in der Krankenversicherung und Pflegeversicherung hätten sich gegenüber 2024 deutliche zusätzliche Belastungen ergeben. Er nennt die prognostizierten weiteren Anstiege der Sozialversicherungsbeiträge geradezu bedrohlich. Im Hinblick auf mögliche Lösungsansätze nennt er vor allem mehr Eigenverantwortung und die Herausnahme von versicherungsfremden Leistungen aus dem Sozialversicherungssystem.

Die expansive Geldpolitik bezeichnet Präsident Schnabel als Ursache und Nährboden für die Inflation. Gerade die Preise für Energie und Nahrungsmittel seien deutlich angestiegen.

Präsident Schnabel legt die Entwicklung der Steuereinnahmen und der Staatsverschuldung dar. Deutschland sei noch der Stabilitätsanker für die EU und hätte 2024 nur 0,85 % BIP für Zinszahlungen aufwenden müssen. Auch dadurch profitiere Deutschland noch von niedrigen Zinsen.

Präsident Schnabel macht die Position der IHK Rhein-Neckar vor der Bundestagswahl deutlich. Er nennt als vorrangige erste Maßnahme die Durchführung struktureller Reformen und erst als nachrangigen Ansatz eine maßvolle Reform der Schuldenbremse unter Einhaltung der Maastricht-Kriterien.

Präsident Schnabel präsentiert die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025 und äußert sein Bedauern, dass gerade in der Metropolregion Rhein-Neckar infolge des neuen Wahlrechts einige Kandidaten trotz Gewinns des Direktmandats nicht für die Region im Bundestag sind. Er nennt diesbezüglich insbesondere Melis Sekmen, Moritz Oppelt und Alexander Föhr. Hier müsse über eine Reform der Wahlrechtsreform nachgedacht werden.

Präsident Schnabel geht auf die aktuellen Ergebnisse der Gespräche von CDU, SPD und Grünen und die jüngsten Beschlüsse des Bundestags ein und nennt die relevanten Zahlen, Daten und Fakten.

Er legt verschiedene Szenarien im Hinblick auf die Entwicklung der Neuverschuldung Deutschlands bzw. der Gesamtschulden dar. Er macht deutlich, dass durch die Neuverschuldung die Refinanzierungskosten für Deutschland steigen werden und das erstklassige AAA-Rating gefährdet sein könnte. Die Zinszahlungen würden einen immer größeren Anteil am Bundeshaushalt einnehmen. In Abhängigkeit vom zukünftigen Wirtschaftswachstum werde die Schuldenquote erheblich ansteigen und das Maastricht-Kriterium von 60 % definitiv nicht mehr erfüllen können. Mit einer Staatsschuldenquote von aktuell 63 % liege Deutschland aktuell zwar noch deutlich besser als Nationen wie Frankreich (105 %) und Italien (135 %). Durch die Neuverschuldung drohe jedoch ein deutlicher Anstieg.

Präsident Schnabel geht auf die Details der Vereinbarung mit den Grünen und dessen Folgen und Auswirkungen ein. Er erläutert die Entwicklung Deutschlands im Hinblick auf den Wettbewerbsfähigkeits-Index (World Competitiveness Index) der IMD Business School Lausanne und legt dar, dass beim Vergleich von 67 wichtigen Volkswirtschaften Deutschland gerade in den Bereichen „Prices“, „Attitudes and Values“ und „Tax Policy“ hintere Plätze belegt. Er äußert seine Enttäuschung, dass zum jetzigen Zeitpunkt, auf der Basis der Sondierungs- und Schuldeneinigung zwischen CDU/CSU und SPD viel zu wenig für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands getan werde.

Präsident Schnabel berichtet vom Münchener Spitzengespräch der Deutschen Wirtschaft mit Bundeskanzler Scholz, BDA-Präsident Dulger, DIHK-Präsident Adrian, ZDH-Präsident Dittrich und BDI-Präsident Leibinger am 14. März 2025 und geht auf das 10-Punkte-Papier zu den Themen Unternehmenssteuern, Energiepreise, soziale Sicherungssysteme, Bürokratie, Planungs- und Genehmigungsverfahren, Infrastruktur, Innovationen, Fachkräfte, Tarifpartnerschaft und Geopolitik ein.

Die politische Grundrichtung müsse in der Entfesselung von Wirtschaftskräften durch Strukturreformen bestehen. Präsident Schnabel fordert die politischen Entscheidungsträger auf, die notwendigen Strukturreformen konsequent anzugehen.

Es findet ein Meinungs- und Gedankenaustausch zwischen den Mitgliedern der Vollversammlung statt. Es wird gefordert, dass die Unternehmen gegenüber der Politik selbstbewusster und deutlicher auftreten sollten. Es sei notwendig, Bürokratie und Regulatorik nicht aufzubauen, sondern abzuschaffen. Es wird beklagt, dass die Politik Expertenmeinungen zunehmend nicht mehr hört bzw. nicht mehr berücksichtigt.

TOP 3 Update zur kommunalen Verpackungssteuer

Andreas Kempff, IHK-Geschäftsführer Industrie, Dienstleistungsgewerbe und Unternehmensförderung, erläutert die jüngste Entscheidung, mit der das Bundesverfassungsgericht die Verfassungsbeschwerde abgewiesen und damit die kommunale Verpackungssteuer in Tübingen für rechtmäßig erachtet hat. Damit stünden der Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer in Heidelberg und allen anderen Kommunen keine rechtlichen Gründe mehr entgegen. Seit dem Urteil des BVerfG würden sich zahlreiche weitere Kommunen mit der Einführung einer Verpackungssteuer beschäftigen.

Ökonomisch betrachtet sei dies – trotz der rechtlichen Zulässigkeit – aber Unsinn, nicht zuletzt wg. der geringen Erhebungseffizienz. Der Aufwand für Stadt und Betriebe stehe in keinem angemessenen Verhältnis zum Steueraufkommen. Nach aktuellen Schätzungen wären allein in Heidelberg ca. 1.800 Unternehmen von einer Verpackungssteuer betroffen. Jetzt gehe es darum, den kommunalen Entscheidungsträgern die Schwierigkeiten und Abgrenzungsprobleme im Zusammenhang mit einer solchen Verpackungssteuer und die daraus resultierenden Belastungen für die Betriebe aufzuzeigen. Ziel sei es, eine kommunale Verpackungssteuer in Heidelberg, in Mannheim und in anderen Kommunen im Zuständigkeitsbereich der IHK Rhein-Neckar zu verhindern. Die im Dezember 2024 vorgenommene Positionierung sei dafür ausreichend und müsse nicht an das Urteil angepasst werden.

Herr Kempff fordert die Vollversammlungsmitglieder auf, der IHK eventuelle Pläne von Kommunen zur Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer mitzuteilen.

TOP 4 Zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der MRN

- a) Studie der IHK MRN
- b) ZMRN-Strategie

a) Studie der IHK MRN

Herr Kempff legt dar, dass die IHK MRN beim Unternehmen IW Consult eine Studie zur Zukunftsfähigkeit (Resilienz) der Metropolregion Rhein-Neckar als Wirtschaftsstandort in Auftrag gegeben hat und stellt erste Ergebnisse der durchgeführten Studie vor:

Er legt dar, dass die u. a. auf einer Unternehmensbefragung und Expertengesprächen in der Region beruhende Studie vor allem die Ziele hatte, die strukturellen Stärken und Schwächen der Metropolregion Rhein-Neckar zu ermitteln und die Frage zu beantworten, wie die Region im Hinblick auf die Megatrends Digitalisierung, Deglobalisierung, Dekarbonisierung und Demographie aufgestellt ist. Im Hinblick auf die Resilienz wurden drei Dimensionen beleuchtet, nämlich Innovativität, Stabilität und Diversität.

Herr Kempff nennt exemplarisch u. a. folgende Kernaussagen aus den Experteninterviews:

- Die vorhandene Geisteshaltung stärke Vorhandenes und erschwere Neues; man sei zu wenig risikobereit, zu wenig ambitioniert.
- Die 3-Länder-Problematik, d. h. die Beteiligung der drei unterschiedlichen Bundesländer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hessen erschwere Netzwerkbildung, Koordination und Transparenz (Förderprogramme sind Länderprogramme und enden an der Landesgrenze).
- Das regionale Innovationssystem führe bei hohem Input nur zu geringem Output, was u. a. auf die starke Fokussierung auf die Grundlagenforschung begründet sei, aber auch durch die Innovationsferne vieler KMU. Die Unternehmensbefragung habe u. a. gezeigt, dass Unternehmen – wenn überhaupt – vorwiegend mit eigenen Kunden und Lieferanten kooperierten, aber zu wenig mit Start-Ups, Wissenschaft und regionalen Transfernetzwerken.
- Zur Verbesserung der Innovativität nennen die Unternehmen u. a. die Verschlinkung bzw. den Abbau von Bürokratie und öffentlicher Verwaltung, die Erhöhung der Transformationsbereitschaft und Transformationsfähigkeit und die Nachwuchssicherung.

Als Fazit nennt die Studie eine moderate Resilienz, die vor allem auf hohen Stabilitätswerten basiert. Im Hinblick auf Innovativität wird ein geringer Wert attestiert, die Stärke der Region liege eher auf der Nutzung des Vorhandenen und Etablierten. Das grundsätzlich hohe Innovationspotenzial müsse besser, vor allem ohne Friktionen, ausgeschöpft werden, da eine erhöhte Innovation der zentrale Hebel zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit der MRN sei. Zentrale Ansatzpunkte hierfür seien vor allem eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Vernetzungen.

Ziel sei es jetzt, die Ergebnisse in den Strategieprozess des Vereins Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V. (=ZMRN), einfließen zu lassen.

b) ZMRN-Strategie

Präsident Schnabel stellt die neu erarbeitete Strategie „Metropolregion Rhein-Neckar 2030“ des ZMRN e. V. vor. Ziel der Strategie ist es, dass die Metropolregion Rhein-Neckar im Jahr 2030 ein attraktiver, wettbewerbsfähiger und nachhaltiger Wirtschafts- und Lebensraum in Europa ist. Als Handlungsfelder hierfür werden Infrastruktur, Innovation, Arbeit und Verwaltung genannt. Ziele werden insbesondere im Hinblick auf Mobilität, Fachkräfte/Bildung und Regulatorik formuliert. Die Umsetzung der formulierten Ergebnisziele soll bis zum Jahr 2030 erfolgen.

Als nächsten Schritt nennt Präsident Schnabel die öffentliche Vorstellung der erarbeiteten ZMRN-Strategie am 27. März 2025.

TOP 5 Aus der Arbeit der IHK Rhein-Neckar – IHK-Highlights 2024/2025

Marina Ursic aus dem Geschäftsbereich Kommunikation und Marketing stellt die Aktivitäten der IHK Rhein-Neckar auf der Plattform LinkedIn vor, geht auf die Unternehmensseite IHK

Rhein-Neckar sowie auf die Fokussseiten IHK Rhein-Neckar International und IHK Rhein-Neckar Weiterbildung. Sie berichtet von einem kontinuierlichen Wachstum und aktuell insgesamt 5.400 Followern auf LinkedIn.

Stephan Deuser aus dem Bereich Unternehmensgründung und -förderung informiert über das neue Angebot „Start-Up Companion“ der IHK Rhein-Neckar für Gründer. Es gehe darum, ein Netzwerk für Start-Ups zu bilden und als Partner und Berater für Start-Ups zu fungieren, z. B. für die Finanzierung eines hohen Kapitalbedarfs. Auch trage man dazu bei, die Region als Start-Up-Region bekannter zu machen.

Mario Klein, Leiter des Geschäftsbereichs Verkehr, Handel und Stadtentwicklung, berichtet von erfolgreicher politischer Arbeit der IHK Rhein-Neckar im Zusammenhang mit dem Landesmobilitätsgesetz Baden-Württemberg. Der Gesetzesentwurf sei ein Bürokratiemonster gewesen, habe insbesondere für jeden Arbeitgeber eine ÖPNV-Abgabe, eine Überwachungsbehörde für Mobilitätsziele sowie strenge Werte zur Umstellung von Fahrzeugflotten vorgesehen. Das alles sei verhindert worden. Durch unermüdlichen Einsatz, persönliche Gespräche mit der Politik, Stellungnahmen und gemeinsame Aktionen mit anderen Verbänden sei es darum gegangen, das Schlimmste zu verhindern. So habe er die Möglichkeit gehabt, im Rahmen einer Anhörung des Verkehrsausschusses am 13. Februar 2025 im Landtag von Baden-Württemberg zu dem geplanten Gesetz Stellung zu nehmen. Auch sei von der IHK Rhein-Neckar am 18. Februar 2025 mit 100 Teilnehmern in der Landeshauptstadt die Veranstaltung „Braucht Baden-Württemberg ein Landesmobilitätsgesetz?“ organisiert worden. Das nun verabschiedete Landesmobilitätsgesetz sei ein Kompromiss. Es gehe jetzt darum, sich bei der Umsetzung des Gesetzes weiterhin für die Interessen der Betriebe einzusetzen und den Zusatzaufwand für die Betriebe in Grenzen zu halten.

Regina Ellenbracht aus dem Geschäftsbereich Verkehr, Handel und Stadtentwicklung stellt das Projekt Innenstadtberatung vor. Die IHK Rhein-Neckar habe in bislang 16 Kommunen eine solche Innenstadtberatung durchgeführt, um lebendige Ortskerne zu fördern. Im Rahmen einer solchen Innenstadtberatung werde zunächst eine Analyse der Innenstadtangebote, der Erreichbarkeit und der Aufenthaltsqualität durchgeführt. In Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren werde dann ein Masterplan individuell erarbeitet und konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Als Beispiele nennt Frau Ellenbracht einen erfolgreichen Abendmarkt in Hockenheim, digitales Parken in mehreren Städten und die Präsentation von Schwetzingener Innenstadtbetrieben auf Social Media.

Heide Schmidt aus dem Geschäftsbereich International, Europäische Märkte, informiert über eine erfolgreiche Geschäftsanbahnungsreise nach Italien für Anbieter und Zulieferer von Bahntechnik aus der Region. Es sei darum gegangen, den italienischen Bahnmarkt kennen zu lernen, Geschäftskontakte zu knüpfen und Aufträge zu gewinnen. Es seien Gespräche mit großen italienischen Bahnbetrieben, insbesondere mit der italienischen Staatsbahn Trenitalia und dem in Italien führenden Zughersteller Hitachi Rail Italia geführt worden. Sie könne als konkrete Ergebnisse der Reise nennen, dass ein Mannheimer Start-Up im Zuge der Reise bei Trenitalia als Lieferant gelistet worden sei und vor Ort in Italien eine Niederlassung gegründet habe. Auch

habe ein Lokomotiv-Hersteller aus der Region die Gespräche gut für Neuaufträge nutzen können.

Nina-Maria Dorigo und Nicolay Häring aus dem Geschäftsbereich Berufliche Ausbildung berichten über die digitale Transformation in der Berufsausbildung. Sie nennen als Beispiele die Azubi-Card digital, eine Art digitalen Schülerschein, der immer auf dem Smartphone mitgeführt werden kann, das Asta-Info-Center, mit dem Unternehmen ihre Auszubildenden mit wenigen Klicks online verwalten können und die Online-Prüfungsanmeldung, mit der ab der Winterprüfung 2025 der gesamte Prüfungsprozess digital und ohne Papier abgewickelt werden kann.

Denis Habig aus dem Geschäftsbereich Berufliche Weiterbildung informiert über die KI-Angebote der IHK Rhein-Neckar. Die Qualifizierung erfolge in drei zentralen Bereichen. Dazu gehört das technische Know-how, um zu verstehen, wie die Technologie funktioniert. Daneben die anwendungsspezifischen Fähigkeiten, um KI richtig einsetzen zu können. Und schließlich das regulatorische Wissen, um bestehende Vorgaben, wie zum Beispiel den EU AI Act oder die Datenschutzrichtlinien, einhalten zu können. Als Praxisbeispiel nennt Herr Habig das Projekt eines Lehrgangsteilnehmers, der mit seinen neu erworbenen Kenntnissen Lagerbestände und Abfälle mittels KI-Modell und Überwachungskameras ermitteln und präzise vorhersagen kann.

TOP 6 Zur Planung der Straßenverkehrsinfrastruktur im Kernraum der MRN

Präsident Schnabel geht auf die aktuelle Situation und Planung der Straßenverkehrsinfrastruktur in der Metropolregion Rhein-Neckar ein. Er legt dar, dass die beiden bestehenden Brücken für den von West nach Ost den Rhein querenden Verkehr, die Kurt-Schumacher-Brücke und die Konrad-Adenauer-Brücke, eine zu geringe Kapazität hätten. Die starke Belastung und Störanfälligkeit der Brücken-Infrastruktur führe zu erheblichen Reisezeitverlusten. Präsident Schnabel legt dar, dass die Hochstraße Nord in Ludwigshafen bis 2030 durch eine neue, ebenerdige Stadtstraße erneuert werden solle. Er beleuchtet die Sperrung der Hochstraße Süd seit August 2019 und die daraus resultierenden Hauptprobleme, insbesondere die Staubbildungen auf der Mannheimer Südtangente und an den Auffahrten der Brücken.

Vor dem Hintergrund dieser Probleme und Schwierigkeiten sieht Präsident Schnabel die Schaffung einer dritten Rheinquerung bei Altrip als eine sehr zielführende Option. Eine Brücke bei Altrip könne die Brücken im Zentrum Mannheims um mindestens 10-15 % entlasten, was in Spitzenverkehrszeiten entscheidend sein könne. Es gehe darum, eine solche weitere Rheinquerung südlich von Ludwigshafen trotz aller Widerstände und Herausforderungen nicht aufzugeben, sondern als langfristige Option im Auge zu behalten und von entgegenstehenden Planungen und Maßnahmen freizuhalten. Hierzu gehöre, dass verhindert wird, dass die Gemeinde Altrip auf Flächen, die für die geplante Trasse der Rheinquerung benötigt werden, ein Wohngebiet ausweist. Die Forderung nach einer solchen dritten Rheinquerung bei Altrip begründet er mit mehr Gestaltungsspielraum und weniger Behinderungen bei den Brückensanierungen und Neubauten, mit der Sicherstellung der langfristigen Leistungsfähigkeit der regionalen Verkehrsinfrastruktur, mit der Reduzierung des Durchgangsverkehrs aus der

Mannheimer Innenstadt und mit der Reduzierung von Pendelzeiten für die in den Unternehmen der Region tätigen Fachkräfte.

TOP 7 Aktuelle Viertelstunde der Vollversammlung

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

TOP 8 Sonstiges

Es gibt keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Präsident Schnabel verweist auf die nächste Sitzung der Vollversammlung am 4. Juni 2025.

Präsident Schnabel schließt die Sitzung um 19:15 Uhr.

Manfred Schnabel
Präsident

Dr. Axel Nitschke
Hauptgeschäftsführer

Klaus Seiferlein
Protokollant

Mannheim, 9. April 2025
ks/Dt